



Polizisten und Tarifbeschäftigte am 12. März gemeinsam auf der Straße

Schon zwei Mal haben sich die Gewerkschaften in Potsdam mit den Vertretern der Bundesländer getroffen, um darüber zu verhandeln, wie die Einkommen der Beschäftigten bei der Polizei, in den Schulen, Universitäten und Finanzämtern des Landes so erhöht werden, dass der öffentliche Dienst als Arbeitgeber noch eine Zukunft hat. Bislang ohne Ergebnis. In der nächsten Verhandlungsrunde vom 16. bis 17. März soll trotzdem ein Durchbruch gelingen. Bis dahin ist es allerdings noch ein harter Kampf. Gleich zweimal hat die GdP deshalb ihre Mitglieder in den kommenden Wochen zu Arbeitskampfmaßnahmen aufgerufen: Unter dem Motto „Weniger geht nicht!“ werden am 12. März Tausende von GdP-Mitgliedern vor dem Düsseldorfer Landtag für eine faire Einkommenserhöhung demonstrieren. Bereits Anfang März wollen sich zudem die Beschäftigten des Landeskriminalamts und des Landesamts für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) zu einer aktiven Mittagspause treffen. Eine Aktion, die auch in mehreren größeren Polizeibehörden stattfinden soll.

Aufgerufen zur Teilnahme sind nicht nur die Tarifbeschäftigten, sondern auch die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger der Polizei. Denn alle drei Gruppen sitzen bei den in Potsdam laufenden Tarifverhandlungen mit am Tisch. Je höher der Abschluss für die Tarifbeschäftigten ausfällt, umso höher fällt auch der Besoldungsanstieg aus. Denn der Tarifabschluss bildet die Grundlage für die von der Landesregierung bereits angekündigten späteren Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Anpassung der Bezüge für die Beamten und die Versorgungsempfänger.

Dass es überhaupt zu diesen Gesprächen kommen wird, ist ein erster, wichtiger Erfolg der Gewerkschaften. Noch 2013, nach dem letzten Tarifabschluss, hatte Rot-Grün Gespräche darüber verweigert. Stattdessen setzten die beiden Regierungsparteien im Alleingang ein Besoldungsanpassungsgesetz durch, nach dem die Mehrheit der Beamten und der Besoldungsempfänger nur eine mini-

male Einkommenserhöhung bekommen hat, oder sogar ganz leer ausging. Erst durch eine von der GdP unterstützte Normenkontrollklage der beiden Oppositionsparteien CDU

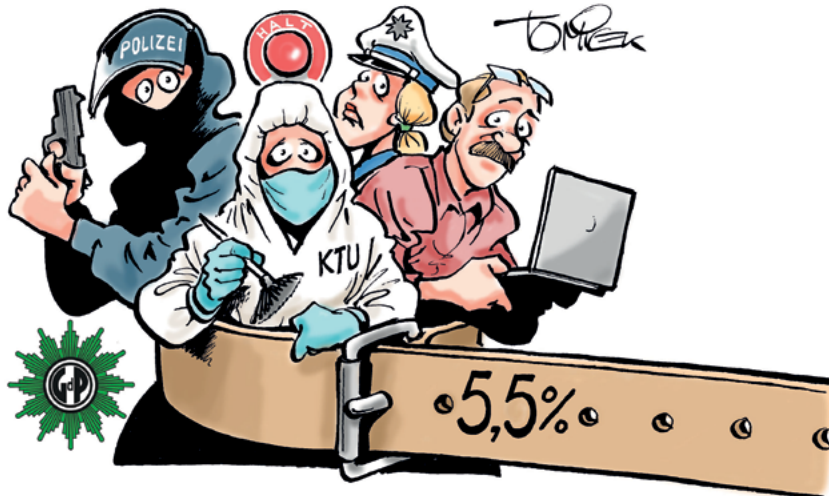
zu einem massiven Vertrauensverlust für die rot-grüne Landesregierung geführt. Eine Situation, die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) in diesem Jahr in jedem Fall verhindern

will. Deshalb hat sie für 2015 bereits frühzeitig Gespräche mit den Gewerkschaften über die Anpassung der Beamtenbesoldung angekündigt. Doch zuvor steht erst einmal die Durchsetzung eines guten Tarifabschlusses an.

„Der Druck der politischen Parteien – nicht nur von Rot-Grün in NRW, sondern auch vonseiten der CDU und der FDP in den von ihnen regierten Bundesländern –, zu einem möglichst niedrigen Tarifab-

schluss zu kommen, ist enorm“, warnt GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert vor der irrigen Annahme, die Politik könnte gar nicht anders entscheiden, als die Bezahlung im öffentlichen Dienst an die Einkommensentwicklung in der Wirtschaft anzupassen. „Viele Politiker

Weniger geht nicht!



und FDP vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster wurde das Gesetz im Sommer vergangenen Jahres gekippt. Rot-Grün nahm daraufhin Verhandlungen mit den Gewerkschaften auf und erhöhte rückwirkend die Bezüge der Beamten ab der Besoldungsstufe A 10 und der Versorgungsempfänger. Die Niederlage im Besoldungsstreit 2013/2014 hatte

→ Seite 2



haben den Glockenschlag noch nicht gehört. Sie haben nicht realisiert, dass sie den Staat kaputtsparen, wenn sie bei dem Einkommen der eigenen Beschäftigten den Gürtel immer enger schnallen.“ Jutta Jakobs, die Tarifexpertin im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand der GdP, hatte zudem im Vorfeld der Tarifverhandlungen daran erinnert, dass schon jetzt in vielen Arbeitsbe-

reichen der Polizei das Einkommen der Tarifbeschäftigten deutlich von dem in der Industrie abweicht. „Können wir diese Lücke nicht zumindest ein Stück weit schließen, wird es immer schwieriger, Experten für die Polizei zu gewinnen und zu halten. Im IT-Bereich, in der Kriminaltechnik, aber auch im Beschaffungswesen finden wir kaum noch die Leute, die wir für unsere Arbeit brauchen“, warnt

Jakobs vor einer völligen Unterordnung der Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes unter die rigiden Sparvorgaben der Schuldenbremse. Auch bei den Beamten droht diese Gefahr. Zwar gelingt es nach wie vor, jedes Jahr Tausende von hoch qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern für einen Einstieg in den Polizeiberuf zu gewinnen, aber bei den Interessenten für einen Aufstieg in den höheren Dienst sieht das wegen der schlechten Rahmenbedingungen schon deutlich anders aus. Für die GdP steht deshalb auch in dieser Tarifrunde fest: „Wir lassen uns nicht spalten!“. Weder in Tarifbeschäftigte und Beamte, noch in den gehobenen und den höheren Dienst. Auch für den Fall, dass die Landesregierung versuchen sollte, die Versorgungsempfänger bei der späteren Übernahme des Tarifabschlusses abzukoppeln, droht die GdP bereits jetzt massiven Widerstand an.

Doch zunächst sucht die GdP eine Lösung auf dem Verhandlungsweg, auch wenn es bereits erste Anzeichen dafür gibt, dass Rot-Grün 2015 erneut eher auf eine Konfrontation mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes setzen wird, statt auf einen fairen Interessenausgleich. So zumindest ist die Ende Januar über die Medien verbreitete Forderung der beiden Fraktionsvorsitzenden Norbert Römer (SPD) und Reiner Priggen (Bündnis 90/Die Grünen) zu verstehen, das Land werde 2015, 2016 und 2017 jeweils 160 Millionen Euro bei den Beamtenbezügen sparen. Zusammengenommen sind das noch einmal fast eine halbe Milliarde Euro.

GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert sieht in dem Vorstoß der beiden Fraktionsvorsitzenden ein Indiz, dass die Landesregierung nicht nur bei der Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten Einschnitte durchsetzen will, sondern das Rot-Grün auch hinter den Kulissen in Potsdam massiv Druck auf einen möglichst niedrigen Tarifabschluss ausübt.

„Ob die Landesregierung ihr Ziel erreichen wird, hängt vor allem vom öffentlichen Druck ab, den wir in den kommenden Wochen entwickeln. Deshalb ist es wichtig, dass sich möglichst viele an der Tarifdemonstration am 12. März und der aktiven Mittagspause Anfang März beteiligen“, betont Plickert.

Es kommt auf uns an!

5,5 Prozent, mindestens aber 175 Euro im Monat mehr – mit dieser klaren Forderung sind die Gewerkschaften in die Tarifverhandlungen mit den Ländern gegangen. Die Forderung ist weder übertrieben, wie ein Blick auf die katastrophal niedrigen Einkommen im öffentlichen Dienst zeigt, noch stellt sie die Länder vor eine unfinanzierbare Hürde, wie ein Blick auf die nach wie vor kräftig sprudelnden Steuerzuwächse zeigt. Auch in NRW.

Deshalb ist die noch vor dem Beginn der Tarifverhandlungen ausgesprochene Drohung der Landesregierung, erneut eine halbe Milliarde Euro bei den Personalkosten zu sparen, mehr als nur schlechter Stil. Es ist ein Ausdruck der Hilflosigkeit. Denn nicht nur bei der Polizei, sondern auch in der Finanzverwaltung, bei den Gerichten und Schulen, in den Krankenhäusern und bei der Gewerbeaufsicht – um nur einige Beispiele zu nennen – gibt es nicht zu viel, sondern deutlich zu wenig Personal. NRW ist im Ländervergleich Schlusslicht. Da gibt es nichts mehr abzubauen. Das weiß auch Rot-Grün. Und die Politiker wissen auch, dass die Einkommen der Tarifbeschäftigten nicht mehr zu kürzen sind. Auch nicht die der Beamten. Es sei denn, der öffentliche Dienst soll auch noch den letzten Rest an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Deshalb führt es an einem Tarifabschluss, der diesen Namen verdient, kein Weg vorbei. Auch im Interesse von NRW.

Bekommen werden wir einen fairen Tarifabschluss trotzdem nicht von selbst. Denn die von Rot-Grün bereits angedrohten Einschnitte in den Personaletat des Landes von mindestens 160 Millionen Euro pro Jahr sind vermutlich erst der Anfang der geplanten erneuten Zumutungen für die Beschäftigten. Wehren wir uns nicht dagegen, werden schnell weitere Einschnitte folgen. Deshalb kommt es auf uns an. Wir müssen der Landesregierung mit aller Deutlichkeit sagen, dass sie uns nicht mit Minimaltariferhöhungen abspenken kann. Weder die Tarifbeschäftigten, noch die Beamten. Und auch nicht die Besoldungsempfänger.

Schon einmal, in der Tarifrunde 2013/2014, hat die rot-grüne Landesregierung vergessen, dass sie als Arbeitgeber ihren Beschäftigten gegenüber Verpflichtungen eingegangen ist. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ist das nicht gut bekommen. Deshalb sollte sie alles tun, um eine Wiederholung dieser Niederlage zu verhindern. Es ist unsere Aufgabe, sie daran zu erinnern. Nicht nur mit der Tarifdemonstration am 12. März in Düsseldorf, sondern auch bei der aktiven Mittagspause Anfang März.



Arnold Plickert,
Landesvorsitzender



Stärkung der Terrorabwehr hat weitreichende Folgen für alle Arbeitsbereiche

In den nächsten drei Jahren erhält die Polizei in NRW jeweils 120 zusätzliche Stellen, um ihre Anstrengung zur Verhinderung eines möglicherweise drohenden islamistischen Terroranschlags zu verstärken. Angesiedelt werden sollen die zusätzlichen Stellen im Landeskriminalamt, in den Staatsschutzabteilungen mehrerer Präsidien, bei den MEK's und im Objektschutz. 25 weitere Stellen gehen an den Verfassungsschutz. Das hat die Landesregierung Ende Januar nach den Anschlägen in Paris und der spektakulären Verhaftung von Terrorverdächtigen in Belgien beschlossen.

Die GdP hat die Entscheidung der Landesregierung ausdrücklich begrüßt. Bereits im Vorfeld hatte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert in den Medien mehrfach eine entsprechende Verstärkung des Staats- und des Verfassungsschutzes gefordert. Weil die zusätzlichen Polizisten zunächst drei Jahre lang ausgebildet werden müssen, führen die Mehreinstellungen allerdings erst ab September 2018 zu einer Personalverstärkung der Polizei. Bis alle zusätzlichen Polizisten ausgebildet sind, dauert es sogar bis 2020. Bis dahin ist die Stärkung des Staats- und des Verfassungsschutzes nur zulasten anderer Arbeitsbereiche der Polizei möglich.

In zahlreichen Fernsehinterviews, in Zeitungsartikeln und in eigenen Presseerklärungen hat der GdP-Landesvorsitzende deshalb in den vergangenen Wochen immer wieder dafür geworben, das die Polizei Modelle entwickelt, wie die bis dahin anfallende Mehrarbeit aufgefangen werden kann, denn die Terrorabwehr kann nicht warten, bis die zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten ausgebildet sind.

Aus Sicht der GdP sind dabei drei Maßnahmen vordringlich:

1. Aufgaben-Kritik bei der Polizei

Bereits Mitte Januar hatte Plickert in einem auch bundesweit beachteten Interview in der WAZ gefordert, dass die Polizei angesichts der massiven Arbeitsbelastung durch islamistische Terrorgruppen, aber auch durch Hooligan-Aufmärsche, Fußball, Rocker, durch die zunehmenden Wohnungseinbrüche und die Internetkriminalität sowie durch die steigenden Verkehrsoferzahlen bei der Verfolgung von Massendelikten entlastet wird. Bei Alkoholverstößen am Steuer zum Beispiel könnte eine Atemanalyse die Entnahme der bislang vorgeschriebenen Blutprobe ersetzen. Bei

der Bearbeitung von Privatklagedelikten könnte erst ein Schiedsman eingeschaltet werden, bevor der Vorgang als Strafverfahren bei der Polizei landet. So, wie das früher üblich war. Bei der Verfolgung von Konsumenten geringer Mengen weicher Drogen zum Eigenverbrauch sollte geprüft werden, ob die Polizei nicht vom Legalitätsprinzip entbunden werden kann. Auch die Benutzung von Bus und Straßenbahn ohne Fahrchein muss nicht unbedingt immer als Straftat geahndet werden, sondern könnte auch mit Bußgeldern verfolgt werden, solange es sich nicht um Dauertäter handelt. Zudem könnte darauf verzichtete werden, dass die Polizisten in NRW jedes Jahr Tausende von Stunden vor Gericht nur damit verbringen, dass sie als Zeugen die Richtigkeit von Messprotokollen bestätigen, die dort ohnehin vorliegen. Auf diesem Wege ließen sich erhebliche Ressourcen bei der Polizei einsparen. Nur eins hat Plickert im WAZ-Interview auch klargemacht: Es geht um die effektive Verfolgung von Straftaten, nicht um deren Verharmlosung.

2. Einführung von Langzeitarbeitskonten

Auch wenn auf diesem Weg erhebliche Personalressourcen bei der Polizei frei werden, bleibt allerdings ein Problem: In den kommenden Jahren wird es eine ganze Reihe von Polizisten geben, auf die in erheblichem Umfang Überstunden zukommen. Zusätzlich zu den jetzt schon zwei Millionen Überstunden, die jedes Jahr bei der Polizei in NRW anfallen. Wenn diese Überstunden nicht abgefeiert werden können, muss es eine Regelung geben, mit der sichergestellt wird, dass sie nicht verfallen. Mit der bisherigen Drei-Jahres-Frist geht das nicht. Deshalb fordert die GdP die Einführung von Langzeitar-

beitskonten, auf denen die Mehrarbeitsstunden für mehrere Jahre geparkt werden, um sie später über vorübergehende Auszeitphasen wieder abbauen zu können. So, wie das in der Industrie längst üblich ist.

3. Arbeitsbelastung im Tarifbereich

Auch im Tarifbereich ist in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang Personal abgebaut worden. Deren Arbeit ist aber nicht weggefallen, sondern sie wird jetzt zu großen Teilen von Polizisten erledigt. Würden wieder mehr Tarifbeschäftigte eingestellt, ständen die dort eingesetzten Polizisten wieder für die eigentliche Polizeiarbeit zur Verfügung. Die zusätzlichen Stellen würden zudem sofort zu einer Arbeitsentlastung führen, nicht erst in drei Jahren.

Alle drei Maßnahmen sind aus Sicht der GdP alternativlos.



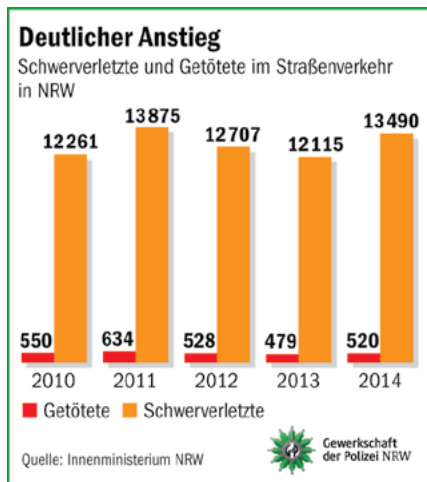
Mindestens 40 kampferprobte Islamisten sind bereits aus den Kriegsgebieten in Syrien und im Irak wieder nach NRW zurückgekehrt. Einige von Ihnen sind durch die Kriegserfahrung desillusioniert. Andere kommen vollkommen enthemmt und brutalisiert zurück.



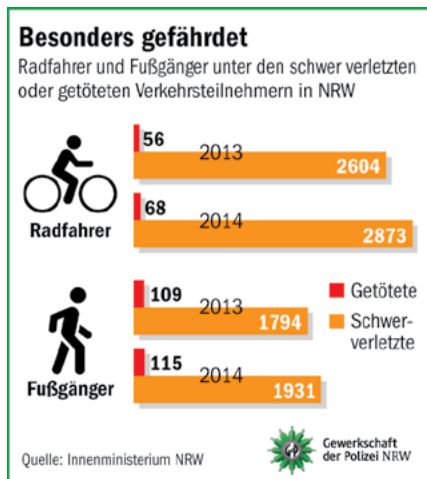
Jedes dritte Verkehrsoffer war zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs

Verkehrsunfallstatistik 2014

Eine Erfolgsbilanz sieht anders aus: 520 Verkehrstote gab es im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen, 41 mehr als im bislang besten Jahr 2012. Insgesamt sind 2014 nicht nur deutlich mehr Menschen im Straßenverkehr umgekommen, sondern auch mehr verletzt worden: Besorgniserregend ist insbesondere die Entwicklung der Zahl der Schwerverletzten, die um ein Plus von elf Prozent auf 13 490 gestiegen ist.



Nach mehreren Jahren des Rückgangs ist die Zahl der Verkehrstoten im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Bei den Schwerverletzten wurde sogar der zweitschlechteste Wert der vergangenen fünf Jahre erreicht.



Unter den schwer verletzten oder sogar getöteten Verkehrsteilnehmer in NRW finden immer mehr Radfahrer und Fußgänger. 40 der getöteten Radfahrer und 54 der getöteten Fußgänger waren über 65 Jahre alt.

Der Zuwachs bei den Unfällen mit Personenschaden ist dabei ungleich verteilt: Besonders riskant leben gerade die schwächeren Verkehrsteilnehmer: 115 Fußgänger und 68 Radfahrer kamen 2014 bei Verkehrsunfällen in NRW ums Leben. Das ist jeder dritte Verkehrstote. Das gleiche Bild zeigt sich auch bei den Schwerverletzten. Auch hier ist jedes dritte Opfer zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs gewesen. Insbesondere ältere Verkehrsteilnehmer sind gefährdet: 40 der im Straßenverkehr getöteten Fahrradfahrer und 54 der getöteten Fußgänger waren über 65 Jahre alt.

Seit 2012 ermöglicht die Statistik auch einen gesonderten Blick auf Pedelecs: Zwar sind die absoluten Zahlen hier überschaubar, liegen aber sowohl bei den getöteten als auch bei den Schwerverletzten weit über ihrem Marktanteil: elf Pedelec-Fahrer kamen 2014 bei Verkehrsunfällen in NRW ums Leben, 208 wurden schwer verletzt.

Mit 16 Prozent der getöteten und sieben Prozent der schwerverletzten Radfahrer sind Pedelec-Fahrer weit überproportional vertreten. Besonders auffällig ist auch hier der Blick auf die Altersstruktur: Alle getöteten Pedelec-Fahrer waren über 65.

Gegen den Trend rückläufig sind auf den ersten Blick einzig die schwerwiegenden Un-

fälle mit Sachschaden (mindestens ein nicht fahrbereites Fahrzeug). Leider geht ihr Rückgang um 34 Prozent aber lediglich auf einen statistischen Effekt zurück: Er kommt durch die veränderte Regelung zur Erfassung von Unfällen der Kategorie 4 und 5 zustande. An der Zahl der Unfälle hat sich nichts geändert – nur werden 5000 Unfälle jetzt nicht mehr als schwere, sondern als leichte Unfälle erfasst.

VERKEHRSFORUM Gewerkschaft der Polizei NRW

Unfallursache Blindflug
Ablenkung im Straßenverkehr

11. März 2015
10.00 – 15.30 Uhr

Bürgersaal
Düsseldorf Bilk, Arcaden
Bachstraße 145
40217 Düsseldorf

Referenten:

- Ernst Klein, Leiter Verkehrskommissariat Palzpräsidium Köln
- Michael Haeser, Fachpsychologe für Verkehrspsychologie
- Michael Mertens, Stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei
- Jacqueline Lacroix, Europa-Referatsleiterin Deutscher Verkehrssicherheitsrat
- Christian Demuth, Fachanwalt für Verkehrsstrafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht

Anmeldung und Infos: GdP Landesbetrieb NRW, Martin Kalkenitz, Tel.: 0211/29 101 42

Bereits seit 2009 setzt die GdP mit ihren eintägigen Verkehrsforums wichtige Akzente zur Weiterentwicklung der polizeilichen Verkehrsarbeit in NRW. Oft werden die dort entwickelten Forderungen später vom Innenministerium aufgegriffen. Das Thema des diesjährigen Verkehrsforums am 11. März in Düsseldorf lautet „Unfallursache Blindflug. Ablenkung im Straßenverkehr“.
Mehr Infos: www.gdp-nrw.de



Deutlich gestiegener Verfolgungsdruck

Als Innenminister Ralf Jäger (SPD) kurz vor Beginn der Bundesligasaison 2014/2015 sein neues Fußballkonzept vorgestellt hat, gehörten die Hooligans mit Sicherheit nicht zu den Problemfans, die ihr eigenes Verhalten dadurch verändert haben. Jetzt hat Jäger in kurzer Zeit gleich zwei Maßnahmen bekannt gegeben, mit denen der Verfolgungsdruck gegenüber gewalttätigen Hooligan-Gruppen massiv erhöht werden soll. Zum einen will NRW die Ende Januar gefällte Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH), nach der Hooligan-Gruppierungen unter bestimmten Voraussetzungen als kriminelle Vereinigung eingestuft werden können, nutzen, um konsequent gegen diese Gruppierungen vorzugehen. So wie die Polizei das in NRW bereits seit Längerem gegenüber kriminellen Rockerbänden macht. Zu den Straftaten, die verfolgt werden können, zählt spätes-

tens seit der BGH-Entscheidung auch die Verabredung zu Massenschlägereien an Drittororten. Zum anderen hat NRW als erstes Bundesland das Wohnortprinzip für Intensivstraftäter beim Fußball eingeführt. Intensivstraftäter, die immer wieder durch gewalttätige Übergriffe auf die Fans anderer Vereine, auf unbeteiligte Zuschauer und Polizisten aufgefallen sind, werden in Zukunft nicht mehr am Ort der Schlägerei vor Gericht gestellt, sondern an ihrem Wohnort. Hierzu werden in NRW 16 Schwerpunktbehörden und Fachkammern benannt. Dadurch dürfte sich die Dauer der Verfahren verkürzen und das Strafmaß an einheitlichen Bewertungskriterien orientieren. Die GdP hat das neue NRW-Konzept ausdrücklich gelobt. „Wer den Fußball nur als Anlass missbraucht, um sich mit anderen Fans zu prügeln und Polizisten anzugreifen, kann sich in Zukunft nicht mehr hinter

der Ausrede verstecken, er sei nur aus Versehen in eine Schlägerei geraten“, sagte der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Arnold Plickert gegenüber den Medien. „Das Wohnortprinzip für Intensivstraftäter nutzt dem Fußball und der großen Masse der friedlichen Fans.“ Zudem will NRW gemeinsam mit den anderen Bundesländern eine Intensivstraftäterdatei Fußball und Gewalt aufbauen. Dort sollen allen, Straftaten der bundesweit rund 500 Fußballfans erfasst werden, die von der Polizei innerhalb Fans der Kategorie C zu den Hauptverantwortlichen der immer wieder aufflammenden gewalttätigen Auseinandersetzung gezählt werden. 150 davon kommen aus NRW. Sie müssen in Zukunft mit einem konsequenten Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden rechnen, bei dem auch geringe Rechtsverstöße geahndet werden.

Anzeige

IPOMEX

■ international
police meeting
and exhibition ■

14.-16. APRIL 2015
MÜNSTER
WWW.IPOMEX.COM



MESSE UND
CONGRESS CENTRUM
HALLE MÜNSTERLAND

Wir begeistern Menschen

RAHMENPROGRAMM:

- BOS-Leitstellentag des Behörden Spiegel
- Symposium „Friedensmissionen“
- und vieles mehr



JETZT UNTER
WWW.IPOMEX.COM
REGISTRIEREN

MEDIENPARTNER:



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

1. 3. Martha Krusche, Köln
6. 3. Kurt Finkel, Bochum
8. 3. Ingeburg Müller, Bonn
10. 3. Kurt Werner, Köln
16. 3. Otto Pieper, Höxter
18. 3. Joseph Dreber, Datteln
19. 3. Erika Kraemer, Recklinghausen
20. 3. Heinrich Krimmel, Solingen
21. 3. Heinz Luge, Bedburg
23. 3. Heinrich Frosting, Dortmund
24. 3. Winfried Zester, Moers
28. 3. Hedwig Kowoll, Höxter

91. Geburtstag

2. 3. Erika Letzelter, Willich
5. 3. Hermine Schicks, Mönchengladbach
8. 3. Elisabeth Brendgen, Mönchengladbach

10. 3. Gerhard Cyranek, Troisdorf
10. 3. Maria Schebesta, Borken
16. 3. Alfred Schiewer, Solingen
23. 3. Ruth Radomski, Kamen
26. 3. Hubertine Derichs, Geilenkirchen
26. 3. Gerdi Haake, Lübbecke
29. 3. Gertrud Dzykonski, Bremen

92. Geburtstag

6. 3. Katharina Junker, Aachen
7. 3. Erna Steeger, Bielefeld
12. 3. Anneliese Hetkamp-Karla, Gelsenkirchen
14. 3. Frida Schwanitz, Marl
16. 3. Gertrud de Vries, Schwetzingen
21. 3. Joachim Kirmse, Neunkirchen a. Sand
23. 3. Willi Meurer, Grevenbroich
25. 3. Maria Weigang, Schalsmühle

93. Geburtstag

4. 3. Wilhelm Groß, Düsseldorf
11. 3. Luise Buyk, Rheda-Wiedenbrück
18. 3. Helmut Jürgens, Bielefeld
18. 3. Franz Luschka, Kreuztal
28. 3. Hermann Hellmann, Warendorf
30. 3. Friedrich Stratemeyer, Oldenburg

94. Geburtstag

2. 3. Heinz Walther, Langenfeld
3. 3. Reiner Schlimm, Bonn
7. 3. Elsa Lina Alleweld, Einhausen
11. 3. Werner Müller, Remscheid
16. 3. Gertrud Hantschel, Burgkunstadt
25. 3. Max Frost, Swisttal
27. 3. Franz Schmidt, Königswinter
29. 3. Otto Faßbinder, Alsdorf

95. Geburtstag

2. 3. Ursula Bothe, Lemgo
4. 3. Marie-Luise Gehrke, Hagen
16. 3. Rudolf Bergmann, Köln
18. 3. Trude Hakelberg, Köln
18. 3. Emilie Lotz, Wuppertal

98. Geburtstag

4. 3. Juliane Murtfeldt, Wuppertal
5. 3. Emma Klusmann, Hattingen
28. 3. Else Growe, Essen

99. Geburtstag

5. 3. Paul Possart, Bonn

101. Geburtstag

12. 3. Maria Essern, Mönchengladbach

102. Geburtstag

31. 3. Maria Nehling, Bocholt

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die April-
Ausgabe ist der 6. März 2015.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de



Mehr als anderthalb Jahre nach Vorlage des Abschlussberichts der AG Verwendungseinschränkung hat das Innenministerium noch immer nicht entschieden, wie Polizistinnen und Polizisten, die während des Dienstes längerfristig erkrankt sind, bei der Polizei eingesetzt werden sollen. Aber auch im Tarifbereich ist das Problem der Verwendungseinschränkung ein Dauerthema. Anfang Februar haben sich deshalb der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert und sein Stellvertreter Wolfgang Spies mit der Vorsitzenden der Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei, Erika Ullman-Biller, und ihrem Stellvertreter Uwe Herrenbrück zu einem Informations- und Meinungsaustausch in der Geschäftsstelle der GdP getroffen. Themen des zweistündigen Gesprächs waren u. a. eine Intensivierung der Zusammenarbeit von GdP und Schwerbehindertenvertretung im Bereich der Verwendungseinschränkung und die Probleme im PÄD durch die erhebliche Fehlquote bei den Polizeiarzten.



Wir sind die GdP

Vom 13. bis 14. Januar 2015 fand erstmals ein Seminar der neugegründeten Jungen Gruppe Heinsberg im Jugendhaus in Monschau statt. Fast ein Dutzend junger Kolleginnen und Kollegen, die alle im Wach- und Wechseldienst tätig sind, konnten sich mit dem Seminar eine kleine verdiente Auszeit vom Alltagstrott gönnen. Tobias Schaffrath, Vorsitzender der Jungen Gruppe Heinsberg, ist froh, dass mittlerweile wieder mehr junge Kollegen nach Heinsberg versetzt werden und so die gewerkschaftliche Jugendarbeit wieder nach vorne kommt.

Während des Seminars wurden Themen der Gewerkschafts- und Personalratsarbeit sowie die Probleme der täglichen Arbeit im Schichtdienst besprochen. Aber auch die Überladung mit Ausrüstungsgeräten an der Koppel, Probleme mit der HRT-Kommunikation und brenzlige Einsätze aufgrund von langen Anfahrtswegen für Unterstützungskräfte wurden diskutiert. „In Zukunft wollen wir uns einmal im Quartal treffen, um Ideen, Vorschläge und Probleme zu besprechen“, so Tobias Schaffrath. „Dadurch können wir den Zusammenhalt und den behördenweiten Austausch zwischen den jungen Kolleginnen und Kollegen



stärken.“ Nach der Theorie wurden im Monschauer Wald im Rahmen einer Wanderung Teambuildingübungen durchgeführt. Das Überklettern eines Flusses, lediglich an Seilen gesichert, wurde mit Begeisterung angenommen. Das Fazit der Jungen Gruppe Heinsberg lautet, dass es für alle Beteiligten eine rundum tolle Veranstaltung war, die im kommenden Jahr wiederholt werden soll.

Anzeige



The strongest link
in your supply chain. FEUBO.

Made in Germany



Verbindung mit Qualität

- Langzeitankerverbindungen
- Grad 3 bis 5
- Zubehör für Ketten, Drahtseile und Kunststoffvertäungen
- Vollautomatisierte Herstellungsprozesse



www.feubo.com

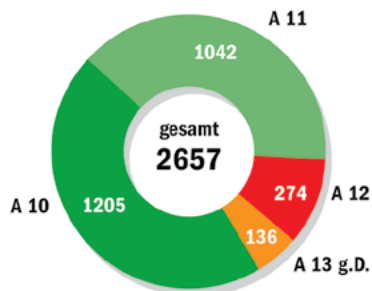


Schmiedestück-Vertrieb
Feuerstein GmbH
Beuler Höhe 16 – 20
45525 Hattingen
Telefon: +49 2324 950750
Fax: +49 2324 950753



2657 Beförderungen erwartet

Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Dienst der Polizei in NRW 2015



Quelle: Innenministerium NRW



Gewerkschaft der Polizei NRW

In diesem Jahr können bei der Polizei in NRW 2657 Beförderungen in die Besoldungsgruppen A 10 bis A 13 g. D. ausgesprochen werden. Der Großteil der Beförderungen entfällt auf die Besoldungsgruppen A 10 (1205 Beförderungen) und A 11 (1042 Beförderungen). Nach A 12 gibt es 274 Beförderungsmöglichkeiten, nach A 13 g. D. sind es 136. 2014 gab es noch 4236 Beförderungen. Dass die Zahl aller Beförderungsmöglichkeiten in diesem Jahr deutlich niedriger ausfällt, ist dem Umstand geschuldet, dass im vergangenen Jahr erstmals die Stellenplanobergrenzen erreicht worden sind, die sich aus der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn ergeben. Nicht so positiv fällt hingegen die Situation im höheren Dienst aus. Die GdP dringt darauf, dass hier endlich der Beförderungsstau nach A 14 aufgelöst wird. Zudem fordert sie bessere Beförderungsmöglichkeiten nach A 15.

GdP aktiv

8. 3., Schneetreff des GdP-Landesbezirks NRW, Alpincenter Bottrop

11. 3., GdP-Forum Verkehrspolitik, Düsseldorf. Anmeldung: Tel.: 02 11/29 10 114

12. 3., Tarif-Demo, Düsseldorf

13. 3., Skatturnier, Kreisgruppe Euskirchen, 19 Uhr, Kurhaus Gemünd

18. 3., Mitgliederversammlung, Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein, 17 Uhr, Gaststätte Eichener Hamm, Kreuztal

23. 3., Eiskockey-Turnier Junge Gruppe Kreisgruppe Essen/Mülheim, 9 Uhr, Eishalle Essen-West, Curtiusstr. 2, 45144 Essen, Infos: Tel.: 02 01/ 8 29-24 01

24. 3., Mitgliederversammlung, Kreisgruppe Bottrop/Gladbeck, 16.30 Uhr, Brauhaus Alte Post, Humboldtstr. 2, 45964 Gladbeck

25. 3., 34. GdP-Skat-Turnier, Kreisgruppe Coesfeld, 17 Uhr, Hotel Am Münsterort, Münsterstraße 59, 48653 Coesfeld

23. 3., Skatturnier, Kreisgruppe Dortmund, 16.30 Uhr, PI 2/PW Nord; Münsterstr. 17-19, 44145 Dortmund, Sozialraum, Anmeldung: Tel.: 02 31/ 1 32-10 48

26. 3., Mitgliederversammlung mit Jubilarehrung, Kreisgruppe Duisburg. 14 Uhr, Café Museum, Friedrich-Wilhelm-Str. 64, Duisburg

1. 4., Skat-Turnier, Kreisgruppe Bonn, 15 Uhr, Polizeipräsidium Bonn, großer Sitzungssaal

Senioren aktuell

Kreisgruppe Dortmund

11. März, das Seniorentreffen fällt aus. Stattdessen unterstützen die Senioren Tarif-Demo am 12. März.

Kreisgruppe Düren

4. März, Seniorentreffen, 14 Uhr, Restaurant Strepp am See, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach

Kreisgruppe Heinsberg

26. März, Seniorentreffen, Jahresrückblick, Pflegereform, Tarifrunde 2015, 15 Uhr, Haus Dohmen, Hülhövener Str. 92, Heinsberg-Eschweiler

Kreisgruppe Köln

19. März, Martina Steinheuer, Sozial-Betriebe Köln, gibt einen Überblick über deren Senioreneinrichtungen, 14 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., Köln

Glücksnummern des Monats

45 99458

Kai Hartweg, Coesfeld

45 9355

Claudia Billig, Essen/Mülheim

45 54109

Stefan Kaldewey, Gelsenkirchen

45 58557

Hans Hagen, Kleve

Die Gewinner erhalten einen GdP-Tischorganizer.

NACHRUFE

Renate Radloff	03.11.1936	Mettmann	Margarete Rode	27.02.1918	Solingen
Günther Paschedag	01.03.1929	Dortmund	Anna Güth	28.02.1928	BZ Erich Klausener
Angelika Schnee	14.01.1920	Köln	Peter Haupt	06.09.1944	Düren
Horst Grannich	17.12.1920	Selm	Bernd Wehrmann	06.01.1962	Minden-Lübbecke
Ilse Packebusch	22.04.1920	Essen/Mülheim	Hannelore Lewis	06.09.1956	Heinsberg
Wilhelm Kalina	30.06.1932	Gelsenkirchen	Manfred Kuckelkorn	02.12.1949	Aachen
Helmut Fink	02.05.1928	Bielefeld	Dieter Adamek	16.11.1940	Hochsauerlandkreis
Hans Trede	28.07.1934	Aachen	Marianne Ingendahl	21.09.1922	Bonn
August Müller	19.03.1922	Aachen	Gertrud Müller	13.10.1928	Gelsenkirchen
Gisela Neumann	18.12.1929	Höxter	Uwe-Peter Wirth	15.02.1956	Köln
Heinz-Gerd Blisginnis	10.05.1954	Duisburg	Harald Draessler	31.08.1920	Bergisches Land
Heinrich Ameskamp	29.11.1926	Bielefeld	Rolf Spitzbart	13.06.1941	AP Düsseldorf
Käthe Kurth	10.08.1922	Düren	Elisabeth Odrozek	12.02.1928	Bottrop/Gladbeck
Erich Matzeit	28.07.1921	Bielefeld	Heinz Hammermann	18.07.1930	AP Düsseldorf
Heinz Mantey	18.11.1925	Märkischer Kreis	Wolfgang Keppler	27.03.1935	WSP NRW
Ursula Böhmert	06.02.1924	WSP Hamm	Peter Böckers	25.05.1943	Münster
Gerhard Bitter	08.02.1933	NRW	Josef Kraft	06.05.1923	Aachen
Elisabeth Dierkes	12.05.1918	Bergisches Land	Elise Kuhn	20.01.1923	Bergisches Land

